

# iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 453

Mittwoch, 3. Februar 2010

16. Jahrgang

## Traum vom Norden und Alptraum Deportation

Von den etwa 1,5 Millionen GuatemalteKInnen, die in den USA leben, besitzen rund 60% keinen legalen Aufenthaltsstatus. Die Emigrationsversuche Richtung Norden reißen trotzdem nicht ab, wie sich deutlich anhand der Anzahl deportierter GuatemalteKInnen erkennen lässt: 2009 waren es 27.222, im Jahr davor sogar 28.051 und allein in den ersten 10 Tagen dieses Jahres 255 Personen. Zirka 10% der Deportierten sind Frauen und rund 2% Minderjährige.

Die Art und Weise der Deportierungen ist oft nicht sehr menschenfreundlich. Der Kanzler und Minister für Auslandsbeziehungen Haroldo Rodas gab zu, dass *es nicht sein könne, dass die Leute wie VerbrecherInnen in Guatemala ankommen. Deshalb werde er die US-Regierung darum bitten, den Deportierungsprozess zu verbessern*. Der Unmut, der bei der guatemaltekischen Bevölkerung angesichts der Behandlung ihrer Landsleute aufkommt, ist in jenen Medien deutlich zu erkennen, die im folgenden Text als Quelle dienen (Centro de Estudios de Guatemala, Incidencia Democrática, [www.minex.gob](http://www.minex.gob), [www.guatemala.gob.gt](http://www.guatemala.gob.gt)).

Dass eine Reformierung der Behandlung guatemaltekischer ImmigrantInnen nötig ist, zeigte ein Vorfall, der dazu führte, dass die guatemaltekische Regierung dem Büro der Nationalen Sicherheit der US-Regierung einen diplomatischen Brief schickte: Am 6. Januar 2010 wurde in Miami, Florida, offizielle Post mit dem Absender des guatemaltekischen Konsulats in Miami von MitarbeiterInnen der Zustellfirma Federal Express (FedEx) geöffnet. FedEx hielt die sieben Pässe, welche die Postsendung beinhaltete, für gefälscht und informierte die Einwanderungsbehörde. Danach benachrichtigte FedEx drei der angeschriebenen Personen, welche daraufhin beim Abholen der Post festgenommen wurden. Zwei der Personen wurden im Anschluss nach „Hause“ deportiert, die dritte wartet noch auf den Beschluss. Es wurde somit ein Bundesgesetz verletzt, was Guatemala geradezu verpflichtet, offiziell bei der Regierung Obama Beschwerde einzureichen. Es wird eine Untersuchung des Falls verlangt, sowohl bei der Firma FedEx wie bei der Einwanderungsbehörde.

Diese Vorgehensweise scheint im Sinne der aktuellen US-Migrationspolitik zu sein, denn die US-Einwanderungsbehörde liess durchblicken, dass sie strenger kontrollieren und vermehrt deportieren wolle, sowie andere Anti-Immigrationspolitiken anwenden werde, z.B. die Militarisierung der Grenzen – eine Massnahme, die laut Marcos Fernando Yax, Vizepräsident der *Koalition guatemaltekischer MigrantInnen in den USA (CONGUATE)*, bereits zu spüren ist.

Ebenfalls ist nicht zu vergessen, dass viele GuatemalteKInnen schon auf dem Weg in die USA, d.h. in Mexiko, aufgegriffen und deportiert werden. So wie die USA und Kanada, die zu den Ländern mit den strengsten Visumbestimmungen für Guatemala gehören, gehört auch das Nachbarland Mexiko zu den 136 von 194 Ländern, die ein Visum für GuatemalteKInnen verlangen. 2008 deportierte Mexiko 36.546 guatemaltekische StaatsbürgerInnen und bis Oktober letzten Jahres waren es schon 22.956.

### Einwanderungsphasen und ihre Gründe: wieso gen Norden?

Die zentralamerikanische Auswanderung in die USA teilt sich in drei Etappen:

- Die erste Emigrationsphase verzeichnete man zwischen 1890 und 1920 (17.000 GuatemalteKInnen wurden in Kalifornien registriert).
- Die zweite Phase fand zwischen den 20er und 60er Jahren statt, geschah eher aus persönlichen Gründen (z.B. um Englisch zu lernen) und beschränkte sich auf eine begrenzte Zeit.
- Die dritte Phase begann in den 70er Jahren, als die bewaffneten Konflikte in Nicaragua, El Salvador und Guatemala sich verschlimmerten und begründet sich somit eher in politischen Motiven. 70% der in Los Angeles lebenden GuatemalteKInnen emigrierten in den 80er Jahren, um Massakern und Verfolgung zu entkommen.

Heutzutage drängt es weiterhin ZentralamerikanerInnen in den Norden. Zum einen, um der hohen Gewalttrate des eigenen Landes zu entgehen, zum anderen aus wirtschaftlichen Gründen. Die Geldrücksendungen –

Rimessen – an die Familien in Guatemala entsprechen in etwa 11% des Bruttoinlandproduktes (siehe ¡Fijáte! 449).

Hauptziele und -wohngebiete der EmigrantInnen sind Los Angeles, Chicago, Georgetown, Washington, Miami und Houston, wobei es Gemeinden mit über 50.000 GuatemaltekinInnen gibt. Laut US-Regierung erhalten jährlich 20.000 GuatemaltekinInnen die US-Staatsbürgerschaft oder ein Residentenvisum – und rund 30.000 werden deportiert.

### **Unterstützung emigrierter GuatemaltekinInnen von „zu Hause“ ...**

Seit vier Jahren existiert das Programm des würdigen Empfangs der Repatriierten (*Recepción Digna a los Repatriados*), welches den Deportierten die Heimkehr erleichtern soll. Nahrungsmittel, nationale Telefonanrufe und sogar Reisekosten bis in die Heimatstädte werden gestellt, falls die Leute dies brauchen. Ebenso wird medizinische und rechtliche Unterstützung angeboten. Letzteres vor allem deshalb, weil viele, bevor sie emigrierten und um die Reise zu bezahlen, Papiere unterschrieben haben, die dazu benutzt werden, Kredite auf ihre Häuser aufzunehmen – mit dem Ergebnis, dass die Heimgekehrten nun Schulden von teilweise über 100.000 Quetzales haben.

Aussenminister Haroldo Rodas setzte sich nun Anfang Januar in Los Angeles mit VertreterInnen der Konsulate der Länder El Salvador, Nicaragua, Mexiko, Panama, Belize, Dominikanische Republik und Ecuador zusammen, um ein gemeinsames Programm zur Unterstützung der Deportierten auszuarbeiten.

Auch wurde durch das *System der Zentralamerikanischen Integration (SICA - Sistema de la Integración Centroamericana)* ein Reformvorschlag für Einwanderungsgesetze eingereicht. Ebenso nutzten VertreterInnen der guatemaltekinischen Regierung Treffen mit der US-Regierung, um für die Migrationsreform zu plädieren. Hauptziele der Reform sind die Normalisierung aller ImmigrantInnen, die Familienzusammenführung, die Vereinfachung des Besuchsrechts von Deportierten, deren Familien legal in den USA wohnen, sowie eine Frist für jene, die ihren Deportierungsbeschluss bekommen haben, damit sie ihren Fall noch einmal aufzugreifen und einen legalen Aufenthalt beantragen können. Laut Rodas ist die Reform der Migrationsgesetze Teil der US-Politik, in welche wir uns nicht einmischen möchten, aber in Anbetracht der 1,5 Millionen guatemaltekinischer ImmigrantInnen ist es ein wichtiges Thema für uns.

### **Aktivismus der ImmigrantInnen in ihrer „neuen Heimat“ ...**

Auch innerhalb der USA versuchen GuatemaltekinInnen, Einfluss auf die Einwanderungspolitik zu nehmen und die Deportationen nicht klanglos hinzunehmen:

- Hungerstreik

Am 1.1.2010 begann eine Gruppe von drei Guemaltekinen, einer Honduranerin, einem Puertoricaner und einem US-Amerikaner (Direktor der Pro-Einwanderungs-Organisation *We Count*) einen Hungerstreik in Homestead, Florida. Ziel ist es, Janet Napolitano vom Büro der Nationalen Sicherheit der US-Regierung dazu zu bringen, die Deportierungen zu stoppen und somit nicht noch mehr Familien auseinanderzureisen.

- Lobbying für die integrale Migrationsreform

2006 und 2007 wurde die Migrationsreform im Kongress debattiert, ihre Durchsetzung gelang aber nicht. Nun, nach zwei Jahren verstärkter Lobbyarbeit und Aktivismus von Seiten der Pro-ReformerInnen und ImmigrantInnen erhofft man sich endlich für das Jahr 2010 die Einführung der Reform. Gründe, die dafür sprächen, sind, dass Obama sein erstes Jahr mehr der Gesundheits-, Finanz- und Energiereform gewidmet hat sowie mit der Wirtschaftskrise und den Kriegen im Irak und Afghanistan beschäftigt war und somit wenig Zeit für andere Themen hatte. Unterstützend wirkt auch eine Studie, die ergab, dass die Legalisierung der über 12 Millionen nicht dokumentierten Personen enorme wirtschaftliche Vorteile bringen würde (in etwa 1 Trillion US-Dollar durch Steuern), was verschiedene konservative Parteien umstimmen könnte.

Wenn die Reform allerdings dieses Jahr nicht verabschiedet wird, müsse man bis 2011 warten - schon allein auf Grund der sinkenden Popularität Obamas, aber auch weil Wahlen im November zu Wechseln im Senat führen werden. Dies gab Anlass zu einer Zusammenarbeit zwischen guatemaltekinischen Organisationen und guatemaltekinischer Regierung, die die Reform unterstützt. Diese Art der Zusammenarbeit von Regierung und Zivilgesellschaft geschieht in dieser Form zum ersten Mal, wie ein Repräsentant der *Guatemaltekinischen Kommission für die Migrationsreform (Comisión Guatemalteca para la Reforma Migratoria)* berichtet.

### **Protestmärsche**

Schon 2006 kam es zu verschiedenen Demonstrationen im ganzen Land, vor allem in Los Angeles, wo eine Million Personen zusammenkamen, um sich für die Migrationsreform einzusetzen. Leider erwirkte dies damals nicht ihre Durchsetzung. Trotz allem ist es ein wichtiges Mittel des Volkes um seiner Meinung Ausdruck zu geben, und es sind auch in nächster Zeit Demonstrationen zu erwarten. So kam es schon am 21. Januar 2009 zu einer von verschiedenen ImmigrantInnenvereinen organisierten Demonstration, um den damals noch neuen Präsidenten Barack Obama um Unterstützung zu bitten. Hauptsächlich forderte man den Stopp von Verfolgung und Deportationen und eine integrale Reform der Migrationspolitik, die Familienzusammenführung, Zutritt zu den Universitäten für Kinder von ImmigrantInnen, medizinische Versorgung, würdige Gehälter und den Respekt der Menschenrechte.

## Politthriller: Die Verhaftung von Ex-Präsident Portillo

**Guatemala, 28. Jan.** Ex-Präsident Alfonso Portillo wurde am 27. Januar 2010 nach krimireifem Szenario festgenommen, als er sich gerade mit einem Boot ins benachbarte Belize absetzen wollte.

Portillo, von 2000 bis 2004 guatemaltekischer Präsident, wurde sowohl von Guatemala als auch von den USA gesucht, im ersten Fall wegen Veruntreuung von Staatsgeldern, im zweiten wegen Waschens eben dieser Gelder bei US-Banken.

Portillo war im Jahre 2005, als die ersten Vorwürfe gegen ihn auftauchten, zunächst nach El Salvador und dann nach Mexiko geflohen, wo er sich bis Oktober 2008 aufhielt. Seitdem befand er sich gegen Kautionszahlung auf freiem Fuss, meist wohl auf seiner Finca in Rio Hondo, Zacapa.

Am 22. Januar ordnete der Richter Antonio Villena auf Antrag der *Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) die unverzügliche Verhaftung Portillos an. Die CICIG arbeitete vorgängig eng mit der Regierung der Vereinigten Staaten zusammen, welche Portillos Auslieferung forderte. Das Begehren der USA und der Einsatz der CICIG hat offensichtlich den guatemaltekischen Behörden Beine gemacht.

Zunächst beobachteten MitarbeiterInnen der CICIG Portillo bei einem Fussballspiel am 23. Januar und anschliessend, wie er sich auf den Weg zu seiner Finca machte. Dies war der Startschuss für die Operation, die zur Verhaftung führen sollte. Polizei und Militärangehörige wurden zusammengezogen und sollten im Zuge einer normalen Inspektion den Gesuchten festnehmen. Allerdings machte ihnen zunächst das Gesetz einen Strich durch die Rechnung, welches Hausdurchsuchungen nach 18 h verbietet. Als sie es am Sonntagmorgen versuchten, war der Vogel ausgeflogen.

Am 26. Januar 2010 waren die Sicherheitskräfte jedoch erfolgreich und – wie der Leiter der CICIG Carlos Castresana in einer Pressekonferenz mitteilte – erwischten Portillo „gerade, als er an Bord eines Bootes, das ihn Richtung Belize transportieren sollte, gehen wollte“.

Der Politthriller hat sein Happy-End. Und alle Kommentare, ob von Regierung, Opposition, Medien oder MenschenrechtsaktivistInnen, waren überschwänglich. „Ab in den Knast!“ titelten die Zeitungen.

Für den Präsidenten Guatemalas Álvaro Colom ist die Festnahme Portillos ein historisches Ereignis und ein Beweis dafür, dass das Gesetz für jeden gilt: „Jeder Bürger und jede Bürgerin unterliegt den gleichen rechtlichen Bestimmungen, egal um wen es sich handelt, ob Fachleute oder Funktionäre, das Gesetz ist für alle gleich.“ Auch für Otto Pérez Molina von der Patriotischen Partei, zeigt die Verhaftung Portillos, „dass man – sofern es den politischen Willen dazu gibt – Fortschritte erreichen kann im Kampf gegen die Straflosigkeit“. Der Ex-Diktator und Gründer der Partei, für die Portillo 1999 die Präsidentschaftswahl gewann, General Efraín Ríos Montt, bat um eine objektive Beurteilung des Falles. Er habe jedoch Hoffnung und Vertrauen in den guatemaltekischen Rechtsstaat.

Für Castresana ist die Verhaftung ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Straflosigkeit in Guatemala und zeige, dass niemand ausserhalb des Gesetzes stehe. Derjenige, der die Gesetze breche, werde früher oder später vor Gericht landen.

Für den indigenen Aktivistin Álvaro Pop hilft die Verhaftung des Ex-Präsidenten nicht nur im Kampf gegen Straflosigkeit, sondern könne auch den Beginn markieren, „die kriminellen Netzwerke, die sich in diesem Staat eingelagert haben, auszurotten“. Der Ex-Präsident könnte ein interessanter Kronzeuge werden, um diese Strukturen aufzudecken, sagte Pop weiter.

Um ein solches Anliegen zu realisieren, müsste der Prozess in Guatemala stattfinden. Es liegt jedoch ein Auslieferungsbegehren der Staatsanwaltschaft von Manhattan (New York) vor. Wer über eine mögliche Auslieferung entscheidet, scheint jedoch noch unklar. Die für die Anklage gegen Portillo zuständige guatemaltekische Staatsanwältin Eunice Mendizábal erklärte, dass es eine Auslieferung in die USA nur dann geben könne, wenn Mexiko diesem zustimme. Für den Rechtsanwalt José Toledo liegt die Frage, wer gegen Portillo juristisch vorgehe, bei der Exekutive, da die Auslieferungsabkommen zwischen Guatemala und den USA dies so vorsähen. Das letzte Wort habe somit der Präsident. Nach Artikel 6 des genannten Abkommens könne die Auslieferung auch verschoben werden, zum Beispiel bis das Verfahren in Guatemala abgeschlossen sei. Wieder eine andere Version gibt der Generalstaatsanwalt Amilcar Velazquez, der erklärte, dass die USA 40 Tage Zeit hätten, ihren Auslieferungsantrag zu begründen, über den dann der Oberste Gerichtshof (CSJ) zu entscheiden habe.

Und was sagt Portillo selbst zu all dem? Seine Verhaftung sei nichts weiter als „eine grosse Lüge und Konspiration“, in der verschiedene Sektoren des Landes eingebunden seien. Er kündigte an, dass er in den Prozessstagen die Namen derjenigen nennen werde, die in seine politische Verfolgung verwickelt seien.

„Ich bin ruhig und gelassen, ich habe Vertrauen in Gott und die Gerechtigkeit und dass man den Rechtsstaat respektieren wird.“ Fragt sich, wie es nach diesem spektakulären Ereignis weitergeht. Wird es zur erster Verurteilung eines ehemaligen Präsidenten Guatemalas kommen? Werden Hintergründe und Hintermänner der klandestinen Parallelstrukturen, von denen Castresana gesprochen hat, aufgedeckt? Oder wird nach dem Paukenschlag der einlullende Marsch durch die juristischen Institutionen beginnen? ¡Fijáte! wird darüber berichten.

## „Diese Geschichte hat sich Rosenberg nicht allein ausgedacht“

**Guatemala, 29. Jan.** Die Spezialistin für Sicherheits- und Justizfragen Carmen Rosa de León-Escribano betont im nachfolgenden Interview die Notwendigkeit der inter-institutionellen Zusammenarbeit und einer besseren sozialen Kontrolle über die Regierungsführung und speziell über das Justizwesen. Die Soziologin ist davon überzeugt, dass ein positiver Einfluss auf die aktuelle Konjunktur im Gange ist und dass die Arbeit und jüngsten Erfolge der *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) in dieser Beziehung richtungsweisend ist. Das Interview erschien im *Diario de Centro América*.

**Frage:** Verändert sich etwas in Guatemala?

**Carmen Rosa de León-Escribano:** Was die CICIG jüngst erreicht hat, kann als Beginn einer neuen Ära im Justizsystem Guatemalas gedeutet werden. Es werden Bedingungen geschaffen, es wird Personal ausgebildet, und die Gesellschaft selber beginnt daran zu glauben, dass Veränderungen möglich sind. Aber es fehlt noch viel. Zum Beispiel müssen die Staatsanwaltschaft, die Gerichte und die Polizei gestärkt werden. Es muss mehr Effizienz und Kontrolle erreicht werden. Und zwar eine zivilgesellschaftlichen Kontrolle. Meiner Meinung nach ist es weniger ein Ressourcenproblem denn der fehlende Wille, an der die Arbeit der Justiz scheitert. Oft streiten sich die Institutionen über ihre Kompetenzbereiche und schaffen damit ein Vakuum: für gewisse Bereiche fühlt sich niemand zuständig und um andere streiten sie sich oder machen die Arbeit doppelt. Dies führt dazu, dass 96% der Fälle in den Schubladen der Justiz vor sich hindümpeln und Leute innerhalb und ausserhalb der Gefängnisse im Stich gelassen werden. In diesem Sinne ist eine Koordination unter den verschiedenen Akteuren unabdingbar.

**Frage:** Was sicher möglich wäre in Anbetracht der Tatsache, dass ja in die Arbeit der CICIG auch guatemaltekisch Fachleute einbezogen werden.

**C.R. de L.-E.:** Eine wichtige Rolle überträgt die CICIG der Staatsanwaltschaft. Und wir setzen auch für die Zukunft grosse Erwartungen in sie. Aber ich möchte nochmals betonen, dass es die Begleitung, die Forderungen und die Kontrolle der Zivilgesellschaft braucht. Ein Beispiel dafür war vor ein paar Monaten das erfolgreiche Engagement der sozialen Organisationen bei der Wahl der RichterInnen des Obersten Gerichtshofs (CSJ).

**Frage:** Wird diese Erfahrung Auswirkungen haben auf die Wahl des neuen Staatsanwaltes?

**C.R. de L.-E.:** Ich glaube, dieses Engagement ist das einzige Rezept für Nachhaltigkeit, ist doch die Straflosigkeit das Produkt des Schweigens der Gesellschaft. Klar, in unserem Fall gibt es einen Grund für dieses Schweigen: Die guatemaltekische Gesellschaft ist über Generationen eingeschüchtert durch die Erlebnisse während und nach dem bewaffneten Konflikt. Schweigen war eine Form des Überlebens. Jetzt geht es darum, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Um auf die Frage der Wahl des Staatsanwalts zurückzukommen: Ich bin überzeugt, dass die Bevölkerung sich dafür einsetzt, dass es eine faire Wahl gibt und diejenige Person den Posten bekommt, welche die besten Voraussetzungen dafür hat. Als Gegenbeispiel möchte ich den Fall von Portillo erwähnen. In diesem Fall war der politische Wille nicht vorhanden, um ihn vor ein hiesiges Gericht zu bringen, es brauchte die Intervention einer ausländischen Staatsanwaltschaft. Und dies, obwohl er bereits im Oktober 2008 von Mexiko an Guatemala ausgeliefert wurde. Dasselbe wenn es um Drogenhandel geht: die USA vertrauen nicht auf das guatemaltekische Justizsystem, sondern holen die Leute in die USA, um sie abzuurteilen. Obwohl die Verantwortung bei den guatemaltekischen Behörden läge. Hier wird die Schuld immer den Sicherheitskräften zugeschoben, doch diese sind nur der sichtbarste Teil des Systems. Effektiv scheitern tut es bei den Untersuchungen der Staatsanwaltschaft und bei den Gerichten. Folge davon ist die Straflosigkeit, die zu einer Art sozialer Krankheit wird, denn die Leute sehen, dass sie durch kriminelle Handlungen schnell zu Geld kommen und keine Konsequenzen fürchten müssen. Und da sind wir wieder beim Schweigen als einer Form der Mittäterschaft.

**Frage:** Wie können diese Probleme angegangen werden? Was muss die Exekutive machen?

**C.R. de L.-E.:** Die Schwierigkeit, die Themen Sicherheit und Justiz anzugehen, liegt in der schlechten Ausbildung des Personals. Was wir bei den Untersuchungen des Falls Rosenberg sahen, war die offensichtliche Unfähigkeit der Staatsanwaltschaft, eine Untersuchungshypothese aufzustellen. Es beginnt schon bei den Leuten, die den Tatort sichern und Beweise aufnehmen. Das müssen bestens ausgebildete Leute sein. Dazu kommt die chronische Überlastung der Untersuchungsbeamten. Es fehlt ihnen an technischen und personellen Ressourcen. Und dazu kommt noch, dass ausländische Unterstützung lieber an die Staatsanwaltschaft denn an die Polizei geleistet wird, was dazu führt, dass die polizeilichen Untersuchungen sehr dürftig sind und der zivile

Geheimdienst erst im Aufbau ist. Es wurden Untersuchungen unterstützt, z.B. von den USA, aber in diesen Fällen ging es vornehmlich um Drogenhandel. Der Nachteil ist, dass sehr ungleich unterstützt wird: es gibt also Bereiche, die über sämtliche Ressourcen verfügen, während der Rest der Institution völlig unterentwickelt ist. Die Exekutive muss also dringend in die Bereiche Untersuchung und Prävention investieren, um eine effiziente Polizei zu erhalten.

**Frage:** Und auch eine "saubere". Denn Korruption ist ja auch ein ewiges Thema innerhalb der Polizei.

**C.R. de L.-E.:** Es müssen aber nicht einfach Leute entlassen werden, sondern es braucht eine bessere interne Kontrolle. Was nützt es, Personal auszuwechseln oder überhaupt mehr Leute einzustellen, wenn sie erst innerhalb der Institution korrumpiert werden? PolizistInnen verdienen etwas mehr als 3000 Quetzales pro Monat (ca. 260 Euro), und dabei setzen sie jeden Tag ihr Leben aufs Spiel. Vergleichen Sie diesen Lohn mit jenem eines Staatsanwalts ... Dieses ganze System weist verschiedene Mängel auf und die können nicht einzeln angegangen werden. Aus diesem Grund haben wir vom *Rat für Sicherheit (SAS)* dem Staat das *Nationale Abkommen für Sicherheit und Justiz* vorgeschlagen. Wir verlangen nichts Unmögliches, sondern einfach, dass die Leute das tun, wofür sie bezahlt werden. Wir haben Planungs- und Monitoring-Instrumente vorgeschlagen mit der Idee, dass diese Institutionen das Geld, das sie haben, effizient einsetzen. Damit soll auch verhindert werden, dass dieses Geld einfach verschwindet. Portillo und seine Leute haben öffentliche Gelder abgezogen und gewaschen. Und sie haben das so offensichtlich und völlig straflos gemacht, dass es einfach auffallen musste. Doch das ist nichts Neues, das haben die früheren Militärregierungen alle gemacht, dafür hatten sie den Generalstab des Präsidenten. Dieser Posten wurde zwar unterdessen aufgehoben, aber die Praxis wird weitergeführt.

**Frage:** Um auf die Aktualität zurückzukommen: Weshalb hat Rosenberg die Brüder Valdés, die eigentlich seine Freunde sind, in seine eigene Ermordung involviert?

**C.R. de L.-E.:** Ich glaube, Rosenberg hat nie damit gerechnet, dass die Wahrheit an den Tag kommt, auch er hat auf die Straflosigkeit gesetzt, in deren Umgebung er ein Leben lang gearbeitet hat. Was er erhoffte, war, dass durch die Untersuchungen seines Mordes gewisse dreckige Geschäfte der Regierung aufgedeckt würden. Oder um die Aufmerksamkeit auf die Morde an den Musas zu lenken. Eigentlich glaube ich, dass da ganz viele Interessen von den verschiedensten Leuten mitspielen, und eines war ganz sicher, die Regierung von Colom ins Wanken zu bringen. Aber es fehlen noch zu viele Teile in diesem Puzzle. Wer hat Rosenberg geholfen, wer hat den Inhalt seiner Rede auf dem Video verfasst? Ich glaube sogar, man muss die Fälle Musa und Rosenberg unabhängig voneinander betrachten.

**Frage:** Für Sie ist es also nicht ein Frage von Leidenschaft oder ein Hilferuf nach Gerechtigkeit, wie es überall heisst?

**C.R. de L.-E.:** Das spielt sicher auch mit, dazu kommt das Geschäft mit den Pässen, welches er mit Mendizábal hatte und das sie verloren hatten, und dazu kommen die verschiedensten Interessen der verschiedensten Leute, mit denen Rosenberg Kontakt hatte. Aber ich bin überzeugt, diese Geschichte hat sich Rosenberg nicht allein ausgedacht.

**Frage:** Was haben Vater und Tochter Musa damit zu tun? Ist die Ernennung von Khalil Musa in den Vorstand der Bank für Entwicklung (BANRURAL) Grund genug, ihn umzubringen?

**C.R. de L.-E.:** Es ist absurd, eine Ernennung kann nicht der Grund sein, jemanden umzubringen. Man hätte ihn ja einfach nicht ernennen können und fertig. Diese Erklärung geht einfach nicht auf. Ich glaube vielmehr, sie ist ein Ablenkungsmanöver, und es geht um ganz andere Sachen. Vor und nach der Ermordung der Musa wurden noch zwei Personen umgebracht, die etwas mit dem Unternehmen des Textilingenieurs Musa zu tun hatten. Es gibt auch Leute, die sagen, dass Marjorie eigentlich Komplizin bei der Ermordung ihres Vaters war, dass dann aber der Schuss hinten heraus ging. Und es gibt noch viel schrecklichere Geschichten: Dass Vater Musa nicht zuliess, dass sich seine Töchter scheiden liessen. Die ältere Tochter machte es trotzdem, und er hat sie enterbt und Marjorie zu seiner Haupterbin gemacht. Wenn Rosenberg, der Liebhaber von Marjorie, sie hätte heiraten wollen, um an das Geld von Musa zu kommen, musste er also zuerst diesen eliminieren. Die Untersuchungen werden es zeigen, aber das Attentat war gegen Khalil, und es war ein Querschläger, der Marjorie getötet hat. Wenn es so gewesen ist, dann verstehe ich auch, weshalb sich Rosenberg umgebracht hat, denn dann wäre er mitschuldig am Tod von Marjorie und hätte alles verloren: die Frau und das Geld.

In diesem Fall wird auch Ex-Innenminister Salvador Gándara in den Schmutz gezogen. Dies ist den Opportunisten zuzuschreiben, die daran arbeiten, die Regierung zu stürzen. Gándara ist aber auch selber schuld, da er seinen Präsidenten zu schützen versucht, indem er der Geschichte eines falschen Zeugen aufsitzt. Für mich ist dies ein Lehrstück dafür, wie die Akteure in einer solchen Situation reagieren. Doch wir müssen die Ergebnisse der Untersuchung abwarten – für mich macht einfach die ursprüngliche Version keinen Sinn.

**Frage:** Was geschieht mit der Justiz, wenn die UNO aus Guatemala abzieht?

**C.R. de L.-E.:** Was dem guatemaltekischen System fehlt, ist eine Kraft, die hinter den drei Akteuren (Gerichte, Staatsanwaltschaft und Polizei) steht und dafür schaut, dass diese zusammenarbeiten. Der Abzug der CICIG muss mit einem Empowerment der politischen Parteien und der Zivilgesellschaft einhergehen. Und der Kongress muss die Funktion des politischen Vermittlers wahrnehmen, denn dafür sind die Abgeordneten gewählt.

## **Plan zur Militarisierung von San Marcos**

**Guatemala, 22. Jan.** Das Verteidigungsministerium plant die Wiedereröffnung der Militärkaserne im Departement San Marcos und wünscht sich dafür die Aufstockung der Verteidigungsausgaben um 100 Millionen Quetzales (ca. 12 Mio. US-Dollar).

Verteidigungsminister Abraham Valenzuela sagte, dass die Wiedereröffnung die Sicherheit in San Marcos verbessern würde: „San Marcos ist ein Departement, das – wie jedermann sehen kann – unter einer Serie von Schwierigkeiten im Sicherheitsbereich leidet.“ Die Brigade werde helfen, so führte er fort, die vollständige Regierungsgewalt wieder herzustellen und den Kampf gegen den Drogenhandel zu stärken.

Die Ankündigung Valenzuelas wurde vom ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der URNG Miguel Ángel Sandoval heftig kritisiert. Er warf der Regierung vor, das Sicherheitsproblem zu militarisieren. „Mit der Wiedereröffnung der Basis im Ixcán und der jetzt angekündigten Eröffnung in San Marcos wird ein weiterer Schritt zur Militarisierung begangen, und das ist nicht gut für das Land.“ Der richtige Weg, um die Sicherheitskrise dort zu lösen, sei es, laut Sandoval, die Kontrolle durch die Zivile Polizei wieder zu gewinnen, die zivilen Operationen zu fördern, die Kriminaluntersuchungen zu verbessern und die Straflosigkeit zu zerschlagen.

In der Tat ist die Ankündigung des Verteidigungsministeriums – gemeinsam mit dem weiterhin in San Marcos herrschenden Ausnahmezustand – ein alarmierendes Signal im Umgang mit Sicherheitsproblemen, die einerseits mit Drogenhandel, andererseits aber auch mit sozialen Kämpfen gegen Minen- und Stromkonzernen zu tun haben.

## **Anzeige gegen Mine Marlin durch Umweltministerium**

**Guatemala, 22. Jan.** Das Umweltministerium reichte eine Anzeige gegen das Unternehmen Montana Exploradora, S.A. ein, das in San Miguel Ixtahuacán die Mine Marlin betreibt. Am 24. Dezember 2009 brach in der Mine ein Abwasserrohr, was dazu führte, dass 83 Kubikmeter Industrieabfälle austraten. Obwohl die ArbeiterInnen der Mine das Problem schnell behoben, ist die Wahrscheinlichkeit, dass Giftstoffe in den Fluss Quivichil gelangten, sehr hoch. Diese Industrieabfälle enthalten hochgiftige Schwermetalle wie z.B. Zyanid. Montana überprüfte den Vorfall und laut ihrem Bericht seien keine Umweltschäden zu verzeichnen. Das Umweltministerium erkannte diesen Bericht allerdings nicht an und stellte Anzeige. Weiterhin beantragte es eine Studie, die von einer unabhängigen Firma durchgeführt werden soll, um zu überprüfen, ob Schäden zu registrieren sind.

Laut verschiedener Umweltorganisationen beweist der Vorfall, dass solche Unfälle nicht verhindert werden können und leider auch keine Einzelfälle sind. Die Bergbauminen seien nicht sicher und es müssten mehr Kontrollen durch den Staat durchgeführt werden. Rechtlich gesehen sei auch problematisch, dass das Gesetz den Staat dazu verpflichtet, zu beweisen, dass die Minen Umweltschäden hervorrufen; es verlangt aber keinen Beweis von den Bergbaufirmen, dass ihre Minen dies nicht tun.

## **Eine weitere chaotische Wahl eines wichtigen juristischen Amtes**

**Guatemala, 28. Jan.** Das Institut für Staatliche Strafverteidigung (IDPP) wurde aufgrund des Friedensabkommens von 1996 begründet. Es soll den BürgerInnen den Zugang zum Rechtssystem erleichtern, unabhängig von ihrem Einkommen. Die Wahl des Direktors dieser Institution obliegt dem Kongress. Sie sollte bereits letzten Sommer stattfinden, jedoch hatten einige KandidatInnen, die nicht in die engere Auswahl gekommen waren, gegen die Vorauswahl geklagt. Auch die Fraktionen im Kongress waren sich über das Procedere des Verfahrens nicht einig.

Am 22. Januar ordnete das Verfassungsgericht an, dass die Wahl im Kongress öffentlich stattfinden müsse. Am 26. Januar dann musste sich der Kongress zwischen den beiden Kandidaten Remberto Ruiz und Fanuel Garcia entscheiden. Ruiz arbeitete seit mehr als fünf Jahren im IDPP, zuletzt als Leiter der Personalabteilung und als rechte Hand der bisherigen Direktorin Blanca Stalling. Garcia dagegen war bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt (nach anderer Darstellung war auch er im IDPP tätig).

Gegen Ruiz waren und sind mehrere Untersuchungen anhängig, auch seitens der Staatsanwaltschaft unter anderem wegen Nepotismus und finanzieller Unregelmässigkeiten, aber auch wegen sexueller Belästigung. An der Wahl im Kongress nahmen die regierende UNE und auch die Partei von Nineth Montenegro nicht teil. Sie hatte bereits vor der Wahl rechtliche Schritte gegen das Wahlverfahren angekündigt. Ruiz wurde von 96 der 97 anwesenden Abgeordneten gewählt, Garcia erhielt nur die Stimme des unabhängigen Abgeordneten Anibal Garcia von der *Bewegung für ein Neue Republik* (MNR).

Zahlreiche Bürgerrechtsorganisationen kritisierten die Wahl von Remberto Ruiz und der ebenfalls für das Amt kandidierende Anwalt Erick Castillo legte Beschwerde beim Verfassungsgericht ein. Parlamentspräsident Robert Alejos sagte am 29. Januar gegenüber *Siglo XXI*, dass Ruiz am 2. Februar ins Amt eingeführt werde, falls das Verfassungsgericht bis dahin keine einstweilige Verfügung dagegen ausspreche.

## ¡Fijáte!

### Redaktion:

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)  
Barbara Müller – [barbara-m@bluewin.ch](mailto:barbara-m@bluewin.ch)  
Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

### Herausgegeben von

Schweiz:  
Verein ¡Fijáte!  
2502 Biel  
PC: 30-516068-6

### Abos:

¡Fijáte!  
Barbara Müller  
Ankerstrasse 16  
8004 Zürich  
[barbara-m@bluewin.ch](mailto:barbara-m@bluewin.ch)  
E-Mail-Abo: Fr. 85.-

[www.guatemala.de/Fijate](http://www.guatemala.de/Fijate)

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Deutschland und Österreich:  
Solidarität mit Guatemala e.V.  
Postbank Karlsruhe  
BLZ: 660 100 75  
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

¡Fijáte!  
Christian Hagmann  
Am Bahnhof 6  
78315 Radolfzell  
[fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)  
E-Mail-Abo: Euro 50.-